

Anno ... 25. Woche

1900, 26. Juni: Der Reichstag beschließt gegen die Stimmen der SPD das zweite Flottengesetz, das eine Verdoppelung des 1898 beschlossenen Bestands an Kriegsschiffen vorsieht. Diese Aufrüstung, die vor allem gegen England gerichtet ist, wird vom Chef des Reichsmarineamtes, Alfred von Tirpitz, und die am Flottenbau interessierte Schwerindustrie, die Krupp AG, Stumm KG und die Gelsenkirchener Bergwerks AG forciert.

1915, 23. Juni: Der Parteivorstand der SPD veröffentlicht das Manifest »Sozialdemokratie und Frieden«. Darin wird Unmut gegen die Arbeiterklasse in anderen Ländern geschürt. In dem Papier heißt es, »daß die große Masse der dem Internationalen Sozialistischen Bureau angeschlossenen Sozialisten Englands und Frankreichs, ihre Organisationen und Leitungen, mit ihren Regierungen den Krieg fortführen wollen bis zur völligen Niederwerfung Deutschlands«. Zugleich wird ein Frieden ohne Eroberungen und Annexionen befürwortet. Das Manifest ist ein Schachzug der SPD-Rechten, die deutsche Sozialdemokratie für die imperialistische Kriegspolitik des Kaisers zu gewinnen.

1945, 26. Juni: In Berlin wird die Christlich-Demokratische Union Deutschlands (CDU) unter dem Vorsitz des ehemaligen Zentrumspolitikers Andreas Hermes gegründet. Im Gründungsaufruf bekennt sich die Partei zu einer antifaschistischen Demokratie und dem Wiederaufbau Deutschlands auf neuen Grundlagen: »Dabei ist es unerlässlich, schon um für alle Zeiten die Staatsgewalt vor illegitimen Einflüssen wirtschaftlicher Machtzusammenballungen zu sichern, daß die Bodenschätze in Staatsbesitz übergehen. Der Bergbau und andere monopolartige Schlüsselunternehmungen unseres Wirtschaftslebens müssen klar der Staatsgewalt unterworfen werden.«

1960, 22. Juni: Die USA kündigen das Zuckerabkommen mit Kuba auf. Hintergrund ist die Enteignung von Großgrundbesitzern, Banken und Zuckergesellschaften nach der erfolgreichen Machtübernahme durch Fidel Castro und seiner revolutionären Truppen. Am 1.7. reagiert Kuba mit der Beschlagnahmung der US-Ölfirmen auf Kuba. Acht Tage später erklärt US-Präsident Dwight D. Eisenhower, daß die USA kein »kommunistisches Land« in der westlichen Hemisphäre dulden werden. Die UdSSR warnt vor einer Aggression gegen Kuba. Im August und Oktober werden weitere, fast 600 US-Gesellschaften in staatliches Eigentum überführt. Am 16.10. verfügen die USA ein generelles Wirtschaftsembargo gegen Kuba. Daraufhin vereinbart die UdSSR am 19.12. die Ausweitung des gegenseitigen Warenaustauschs mit dem Inselstaat, technische Hilfe und die Ausbildung kubanischer Fachleute in der UdSSR. Am 3.1.61 brechen die USA die diplomatischen Beziehungen zu Kuba ab.

<https://www.jungewelt.de/artikel/146151.anno-25-woche.html>